

Europa 2020

-

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung

Die Industriepolitik der EU zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern und dadurch sicherzustellen, dass die Industrie ein entscheidender Faktor für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Beschäftigung in Europa bleibt. Rechtsgrundlage für die Industriepolitik der EU ist seit dem Vertrag von Maastricht Artikel 173 des AEUV. Mit verschiedenen Strategien wurde versucht, bessere Rahmenbedingungen für die europäische Industrie herzustellen, zuletzt mit der Leitinitiative: „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“ im Rahmen der Strategie „Europa 2020“.

Wachstumsstrategie Europa 2020

Europa 2020 ist die auf zehn Jahre angelegte Wachstumsstrategie der Europäischen Union. Ziel ist nicht nur die Überwindung der Krise, vielmehr soll die Schaffung von Grundlagen für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum erreicht werden.

Um dies zu konkretisieren, hat sich die EU fünf *Kernziele* gesetzt. Diese Ziele umfassen die Bereiche Beschäftigung, Bildung, Forschung und Innovation, soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung sowie Klimawandel und Energie.

Die Strategie beinhaltet ferner sieben *Leitinitiativen*. Diese geben einen Rahmen vor, in dem die EU und die nationalen Verwaltungen ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Prioritäten von Europa 2020 gegenseitig verstärken können. Zu den Prioritäten gehören Innovation, digitale Wirtschaft, Beschäftigung, Jugend, Industriepolitik, Armutsbekämpfung und Ressourceneffizienz.

Damit Europa 2020 erfolgreich sein kann, müssen alle Akteure sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene zusammenwirken. Europa 2020 ist eine gemeinsame Strategie der europäischen Institutionen, der EU-Länder und der Sozialpartner. Auf Ebene der EU wirken alle Institutionen an der Strategie Europa 2020 mit und treffen die zur Verwirklichung ihrer Ziele notwendigen Maßnahmen. Auf Ebene der Mitgliedstaaten ist die Verantwortung der Staats- und Regierungschefs sowie der Instanzen auf regionaler und lokaler Ebene von zentraler Bedeutung. Auf nationaler Ebene müssen viele Hindernisse in Bezug auf den Wettbewerb und die Schaffung von Arbeitsplätzen aus-

geräumt werden. Aber nur wenn diese Bemühungen kombiniert und koordiniert werden, werden sie die gewünschten Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben.

Aus diesen Gründen hängt die Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 in großem Maße von den neuen Governance-Strukturen und Verfahren ab, die die EU seit 2010 eingeführt hat. Im Mittelpunkt steht hier das europäische Semester, ein jährlicher Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordination. Dieser Zyklus beinhaltet von der Europäischen Kommission und dem Rat vorgegebene politische Leitlinien auf EU-Ebene, Reformverpflichtungen seitens der EU-Länder sowie länder-spezifische Empfehlungen, die von der Kommission erarbeitet und auf höchster Ebene von den nationalen Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gebilligt werden. Diese Empfehlungen sollten dann in die Politik- und Haushaltsgestaltung der Mitgliedstaaten einfließen. Das Europäische Semester beginnt mit der Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts.

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung

Die Industriepolitik ist seit dem Vertrag von Maastricht in die EU-Rechtsetzung mit dem Artikel 173 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union integriert und besagt:

„Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union gewährleistet sind.“

Die Industriepolitik der Europäischen Union zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern und dadurch sicherzustellen, dass die Industrie ein entscheidender Faktor für nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Beschäftigung in Europa bleibt. Der gesamten Bereich von der Infrastruktur und den Rohstoffen bis zum Kundendienst muss umfasst werden. Die Förderung von Gründungen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Wachstum müsse im Mittelpunkt der EU-Industriepolitik stehen. Darüber hinaus soll der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft als Gelegenheit begriffen werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Die Kernpunkte der Industriepolitik sind folgende:

- Eine ausdrückliche und gründliche Prüfung auf Wettbewerbsfähigkeit neuer Rechtsvorschriften wird durchgeführt. Die Auswirkungen aller politischen Vorschläge auf die Wettbewerbsfähigkeit werden eingehend analysiert und berücksichtigt.

- Durch Eignungsprüfungen bestehender Rechtsvorschriften wird das Potenzial für Verringerungen der kumulierten Wirkung von Rechtsvorschriften ermittelt. Damit sollen die Kosten für Unternehmen in Europa verringert werden.
- Es wird eine Strategie zur Förderung der Stärken der europäischen Normung vorgelegt, um den Bedürfnissen der Industrie gerecht zu werden.
- Die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Wachstum werden durch einen erleichterten Zugang zu Krediten und durch Unterstützung bei ihrem Gang auf internationale Märkte gefördert.
- Die europäischen Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie Dienstleistungen werden modernisiert, um der Industrie mehr Effizienz zu bieten und um die Industrie in Anbetracht der sich verändernden Wettbewerbsbedingungen wirksamer versorgen zu können.
- Es wird eine neue Rohstoffstrategie vorgelegt. Der faire und freie Zugang zu Rohstoffen ist für europäische Unternehmen unerlässlich. In ihrer Rohstoffstrategie sieht die EU Kommission internationale Abkommen mit rohstoffreichen Ländern vor, um die Versorgung der Industrie sicherzustellen. Ferner kann die verstärkte Nutzung von heimischen Rohstoffen die Abhängigkeit Europas von Rohstoffimport verringern.
- Der sektorspezifischen Innovationsleistung wird durch Maßnahmen in bestimmten Bereichen Rechnung getragen. Die sektorale Industriepolitik ist für folgende Branchen vorgesehen:
 - Raumfahrt, Kraftfahrzeugbau: Lösungen für eine nachhaltige Mobilität
 - Gesundheitsfürsorge, Umwelttechnologie, Energieversorgung, Sicherheitsindustrie: Lösung der künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen Klimawandel, Gesundheit und Sicherheit
 - Chemieindustrie, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Agrar- und Ernährungsindustrie, Dienstleistungen für Unternehmen: besondere Bedeutung für die Wertschöpfungskette
- Den Herausforderungen, die sich bei den energieintensiven Industrien stellen, wird durch Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Innovationsunterstützung begegnet.

- Es wird eine mit der Europäischen Weltraumorganisation und den Mitgliedstaaten gemeinsam entwickelte Raumfahrtspolitik durchgeführt. Die Kommission wird eine Industriepolitik im Raumfahrtsektor entwickeln, um eine solide, die gesamte Lieferkette umfassende industrielle Grundlage zu schaffen.
- Die Kommission wird jährlich einen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Mitgliedstaaten, über industriepolitische Maßnahmen und über die Leistungsfähigkeit erstellen.